

Heisser als das Klima

CO₂-GESETZ Die Vorlage spaltet nicht nur den Klimastreik, sondern offenbar auch die Schaffhauser FDP.

Luca Miozzari

«On est plus chauds, plus chauds que le climat», ruft das in Regenkleidung eingepackte Grüppchen auf dem Fronwagplatz, auf und ab hüpfend, angefeuert von einem jungen Mann mit Megafon. Einen Teil der Slogans, welche die Schaffhauser Klimastreik-Sektion bei ihrem «Sitzstreik» am vergangenen Freitagnachmittag zum Besten gab, haben die Aktivistinnen offenbar von den Kollegen aus der Romandie übernommen. Vielleicht wollte man suggerieren: Wir sind eine Bewegung ohne sprachliche und kulturelle Barrieren. Vielleicht, ziemlich sicher sogar, würde der Spruch auf Deutsch auch einfach nicht so catchy klingen.

Zumindest den Ansatz eines Röstigrabens ist aber auch innerhalb der Schweizer Klimastreikbewegung nicht zu verneinen. Das zeigte sich spätestens im vergangenen November, als sich Delegierte aus allen Sektionen zu einer Online-Sitzung trafen, um das Vorgehen punkto CO₂-Gesetz-Revision zu beraten. Die Sektionen Jura, Berner Jura, Waadt, Neuenburg,

Genf und Wallis beschlossen, das Referendum zu unterstützen. Schaffhausen genauso wie die restliche Deutschschweiz und das Tessin setzen sich für das Gesetz ein. Man sei sich mit den Romands einig, dass das Gesetz zuwenig weit gehe, uneinig sei man sich nur über die Taktik, sagte Maurus Pfalzgraf, Klimastreiker und Kantonsrat der Jungen Grünen.

SVP-Mann im Pro-Komitee

Vertraut man der jüngsten Tamedia-Umfrage, spaltet die Frage nach dem CO₂-Gesetz nicht nur den Klimastreik, sondern die ganze Schweizer Bevölkerung. Sie attestiert für Mitte Mai Mehrheitsverhältnisse von 50-50.

Mit der Vorlage wollen Bundesrat und Parlament den Schweizer Treibhausgas-Ausstoss bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990 halbieren. Die vorgesehenen Massnahmen sind unter anderem: eine Erhöhung der Abgaben auf fossile Treib- und Brennstoffe, eine Flugticketabgabe und strengere energetische Anforderungen an Gebäude. Ausserdem sieht das Gesetz einen Rückverteilungsmechanismus vor: Die Bevölkerung erhält über die Krankenkassenprämie Geld aus dem Klimafonds zurückerstattet, in den die Einnahmen aus den Abgaben fliessen.

Auf Bundesebene unterstützen sämtliche Parteien ausser der SVP das Gesetz. In Schaffhausen hat sich ein breit aufgestelltes Ja-Ko-

mittee gebildet, vertreten sind unter anderem Nationalrätin Martina Munz, Ständerat Thomas Minder, Regierungsrat Martin Kessler und Parlamentarierinnen aus fast allen Parteien ausser der SVP und der EDU – mit Ausnahme von SVP-Alt-Regierungsrat Ernst Landolt. Der Schaffhauser Stadtrat spricht sich in einer Stellungnahme ebenfalls für das Gesetz aus.

Doch auch hierzulande zeigt sich das Spaltungspotenzial der Vorlage. Gegen die CO₂-Gesetzrevision spricht sich zum Beispiel die atomstromfreundliche *Aktion vernünftige Energiepolitik Schaffhausen (AVES)* aus. Im Vorstand der Organisation finden sich bekannte Gesichter wie Mariano Fioretti oder Samuel Erb. Aber auch FDP-Mann Florian Hotz, dessen Partei ja eigentlich die Ja-Parole beschlossen hat. Das Gesetz sei teuer und werde keinen Einfluss auf das Weltklima haben, heisst es in einer AVES-Medienmitteilung.

Keine Frage

Die Redaktion der AZ ist überzeugt: Es braucht dringend konkrete Massnahmen für den Klimaschutz und empfiehlt deshalb ein Ja zum CO₂-Gesetz am 13. Juni.

